



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa

Juni | 2009

Inhalt	Seite
Russland Mai 2009. Bilanz des Monats	2
Gesetzesentwurf zum Gefängnisaufenthalt für Verteidiger des Nationalsozialismus	4
Nationalisten feiern 1. Mai	4
Aleksandr Below tritt vom Posten des Vorstandes der DPNI zurück	6
Antisemitischer Brand wütet in den GUS-Ländern	6
Einem Studenten der Moskauer Universität wurde mit Ausschluss wegen „Extremismus“ gedroht	6
„Bund des russischen Volkes“ – Die Spaltung geht weiter	7
Der Pressesprecher des Chabarowsker Ablegers des „Bundes des russischen Volkes“ wurde im Jüdischen Autonomen Gebiet gefasst	8
Der Anführer der Moskauer DPNI, Wladimir Basmanow, in Moskau festgenommen	8
Zusammenarbeit der Permsker Behörden mit Rechtsradikalen?	9
In Stawropol wurden zwei Studenten getötet	9

Hakenkreuzschmierereien an der Tür des Jüdischen Wohlfahrtszentrums „Chesed Itzhak“ in Pskow	10
Im Zuge des Programms „Leader“ wurden an der Oberen Wolga 27 kriminelle Gruppierungen ausgehoben, denen u.a. Minderjährige angehören	10
Litauen Das litauische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten entschuldigte sich bei Israel für das Hakenkreuz und die „lange Nase“	11
Ukraine Nationalisten fordern, den Botschafter von Israel zur Persona non grata zu erklären	12
Ein Offizier der Seestreitkräfte der Ukraine (WMS) zählte die Verräter im Zweiten Weltkrieg – es waren mehr Russen als Ukrainer (Jelena Ostrjakowa)	12
Impressum	13

Russland

Mai 2009. Bilanz des Monats

Im Verlauf des Mai wurden mindestens 22 Menschen Opfer rassistisch und neonazistisch motivierter Überfälle, fünf davon starben. Insgesamt wurden seit Jahresbeginn 30 Menschen aufgrund solcher Überfälle getötet, 117 wurden verletzt. (Im Zeitraum Januar–Mai des Vorjahres 2008 wurden 307 Menschen überfallen, wovon 66 starben).

Im Mai wurden Vorfälle *in Moskau, Sankt Petersburg, Blagoweschtschensk, Krasnodar, Nischni Nowgorod und Stawropol* registriert. Insgesamt wurden seit Jahresbeginn derartige Gewaltverbrechen in 20 Regionen Russland verübt.

Großen Widerhall fand eine Veröffentlichung auf einer rechtsradikalen Homepage, eine Ankündigung, den 5. Mai 2009 als „Tag der Wut“ zu begehen, worüber danach die bedeutenden russischen Medien berichtet hatten. Im Ergebnis wurden an diesem Tag und am Vortag mindestens eine Explosion (ein Kiosk in Moskau) sowie drei Brandanschläge auf Miliz- und Kriegseinrichtungen *in Moskau, Nischni Nowgorod und Tscheboksary* registriert. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann man sagen, dass tatsächlich rechtsradikale Gruppierungen dahinter stecken. Die anderen Vorfälle, die an diesem Tag vorgefallen sind und für die die Neonazis die Verantwortung übernommen haben, sind entweder nicht politisch motiviert oder nicht eindeutig einzuordnen, und die Übernahme der Verantwortung lediglich eine Art der Selbstdarstellung.

Die rechtsradikal oder ausländerfeindlich motivierte Aktivität der Gewalttäter hat sich, nach einer relativen Ruhe im April, wieder verstärkt. Im Mai wurden neun Gewalttaten registriert, bei denen man mit großer Wahrscheinlichkeit sagen kann, dass Hass das Motiv war. Das waren antisemitisch (vier Vorfälle) und rechtsradikal motivierte Taten (Schändung von Mahnmalen des Zweiten Weltkriegs und Ähnliches – vier Vorfälle) und die Schändung eines moslemischen Friedhofs.

Insgesamt wurden seit Jahresbeginn 34 Gewalttaten registriert, bei denen das Hassmotiv ohne Zweifel eine

Rolle spielt. Wobei zum ersten Mal seit vielen Jahren die Anschläge gegen jüdische Einrichtungen (neun Vorfälle) den „ersten Platz“ an ideologische Aktionen (rechtsradikale Graffiti und Schändung von Mahnmalen des Zweiten Weltkriegs – insgesamt 13 Fälle) abgeben mussten. Den dritten Platz unter den Opfern von ausländerfeindlich motivierten Taten stellen die Objekte der Russisch-Orthodoxen Kirche dar (sieben Fälle). Im Mai wurde zwei Mal die Föderale Liste der extremistischen Materialien vervollständigt, am 13. und am 20. Mai. Es wurden die Punkte 368-374 aufgenommen, wobei die Aufnahme der Punkte 373 und 374 (die Website „Ufa gubernskaja“ und ein historisches Buch über die Waffen-SS) zweifelhaft erscheint.

Im Mai wurden drei Verurteilungen für Gewaltverbrechen ausgesprochen, bei denen das Motiv des Hasses berücksichtigt wurde. In Moskau wurden zwei Jugendliche für zwei rassistische Überfälle verurteilt, in der Republik Adygeja wurde ein Milizionär verurteilt, der eine armenische Familie überfallen hatte, und in Ischewsk ein Neonazi, der ein linkes, antifaschistisches Mädchen zusammengeschlagen hatte. Es ist bezeichnend, dass von den vier Verurteilten nur der Milizionär aus Adygeja mit einer Bewährungsstrafe davonkam. Seit Jahresbeginn wurden für rassistisch motivierte Gewaltverbrechen 11 Verurteilungen gegen 28 Personen ausgesprochen, fünf erhielten Bewährungsstrafe ohne weitere Auflagen, für ausländerfeindliche Propaganda wurden im Mai zwei Urteile ausgesprochen. Am 28. Mai wurde der ehemalige (in Wirklichkeit immer noch der tatsächliche) Anführer der Bewegung gegen illegale Einwanderung, Aleksandr Below, der Erweckung von nationalem Hass für schuldig gesprochen und erhielt anderthalb Jahre Strafe mit Bewährung ohne weitere Auflagen.

Ungeachtet der Tatsache, dass das Urteil A. Below faktisch straffrei ausgehen lässt, ist es eines der wenigen Schuldurteile gegen rechtsradikale Anführer auf gesamtrussischer Ebene. Und am nächsten Tag wurde ein rechtsradikaler Aktivist aus Archangelsk der Erweckung von nationalem Hass schuldig gesprochen. Insgesamt wurden seit Jahresbeginn für ausländerfeindliche Propaganda 13 Urteile gegen 17 Menschen gesprochen (sechs erhielten Bewährung ohne weitere Auflagen).

Außerdem wurde im Mai noch ein Urteil für die Verwüstung eines Friedhofes gefällt, bei dem ebenfalls das Motiv des Hasses berücksichtigt wurde – im Swerdlowsker Kreis wurde ein Satanist für die mehrmalige Schändung von Gräbern verurteilt.

Im Mai dieses Jahres hat der Oberste Gerichtshof Russlands die internationale religiöse Vereinigung „Tablighi Jamaat“ als extremistisch eingestuft. Es handelt sich um ein unrechtmäßiges Verbot der Aktivitäten der Organisation. Momentan versuchen Anwälte der Bürgerrechtsorganisation „Agora“ Berufung gegen den richterlichen Beschluss einzulegen.

Als weitere unrechtmäßige Maßnahme sind drei Verwarnungen der russischen Medienkontrollbehörde „Roskomnadsor“ zu nennen, die den Regionalzeitungen „Krasnojarski Rabotschi“ und „Permski obosrewatel“ und der gesellschaftspolitischen Wochenzeitung „Tschernowik“ ausgesprochen wurden. Für die Zeitung „Tschernowik“ handelt es sich hierbei schon um die zweite Verwarnung innerhalb eines Jahres. Laut Gesetz besteht unter diesen Umständen die Möglichkeit, die Schließung der dagestanischen Zeitung einzuleiten (es sei daran erinnert, dass sich momentan fünf Journalisten der Zeitung „Tschernowik“ wegen der genauso unrechtmäßigen Anklage der Erregung von Hass vor Gericht stehen).

Als größter Skandal „antiextremistischer“ Aktivitäten im Mai ist wohl die Tatsache zu nennen, dass ein Gesetzesentwurf mit dem Titel „Einfügung einer Abänderung in das Strafgesetzbuch der Russischen Föderation (in Fragen der Schaffung einer Strafbarkeit für den Eingriff ins historische Gedenken in Verbindung mit Ereignissen, die zur Zeit des Zweiten Weltkrieges stattgefunden haben)“ in die Staatsduma eingebracht wurde. Dieser Gesetzesentwurf wurde offensichtlich im Zusammenhang mit der Schaffung des Präsidialausschusses für Maßnahmen gegen Versuche der Falsifizierung der Geschichte eingebracht. Beide, der Gesetzesentwurf und der Präsidialausschuss, sind als äußerst streitbare Initiative zu sehen. Das Zentrum „Sowa“ schließt sich der von der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ gemachten Einschätzung der Initiative an. Der zur Diskussion stehende neue Artikel des Strafgesetzbuches ist sehr ungenau formuliert, und in Teilen wird in ihm jegliche Feststellung von Verbrechen, die von den Staaten der Anti-Hitler-Koalition begangen wurden, kriminalisiert. Hier wird in grobem Maße die Freiheit der historischen Meinung eingeschränkt (zum Beispiel das Recht die Massenerschießung in Katyn oder den Atombombenanschlag auf Hiroshima als Verbrechen zu bezeichnen).

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/29481C8/D0B9A72> 01.06.2009

Gesetzesentwurf zum Gefängnisarrest für Verteidiger des Nationalsozialismus

Ein Gesetzesentwurf, der bis zu fünf Jahren Haft für Verteidiger des Nationalsozialismus vorsieht, wird demnächst in die Staatsduma eingebracht.

Der Gesetzesentwurf „Maßnahmen gegen die Rehabilitation des Nationalsozialismus, der Nazi-Verbrecher und dessen Helfershelfer auf dem Territorium der GUS, den ehemaligen Republiken der Sowjetunion“, der von den Fraktionsmitgliedern der Partei „Einiges Russland“ (Jedinaja Rossija) ausgearbeitet wurde, wird in naher Zukunft in die Staatsduma eingebracht. Im Februar dieses Jahres ging der Minister für Notstandssituationen, Sergej Schojgu, mit dem Vorschlag, ein Gesetz über die Strafbarkeit von Leugnungen der Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus zu verabschieden, an die Öffentlichkeit.

Laut Irina Jarowaja, einer Abgeordneten der Staatsduma, stellt der Gesetzesentwurf zur Verteidigung des historischen Gedenkens der Völker, die am Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, eine Ergänzung des russischen Strafgesetzbuches um einen neuen Artikel dar. Mit dem Artikel wird eine strafrechtliche Verantwortung für die Rehabilitierung des Nationalsozialismus festgesetzt. Die Abgeordnete hob hervor, dass es sich bei der Rehabilitierung des Nationalsozialismus um ein internationales Verbrechen handle. Deshalb wird vorgeschlagen, den neuen Artikel im Kapitel des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation, das Verbrechen gegen das friedliche Zusammenleben und die Sicherheit der Menschheit beinhaltet, einzufügen. Laut Jarowaja ist dies dadurch bedingt, dass der Zweite Weltkrieg ein Kampf der internationalen Gemeinschaft gegen den Nationalsozialismus war, „der die Prinzipien und die Normen des internationalen Rechts verletzt hat. Er endete mit den Nürnberger Prozessen, bei denen der Nationalsozialismus und die NS-Organisationen für verbrecherisch erklärt und die Nazi-Verbrecher verurteilt wurden.“ Irina Jarowaja teilte mit, dass für die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs die Erfahrung der Gesetzgebung von Ländern wie Österreich, Deutschland, Belgien und Frankreich eingeholt wurde.

In dem Dokument werden allgemein anerkannte Formen der Rehabilitierung des Nationalsozialismus genannt: Leugnung, Billigung sowie die Beurteilung der Aktivitäten der Staaten der Anti-Hitler-Koalition gegen den Nazi-Aggressor als verbrecherisch. Gemäß dem Gesetzesentwurf ist sowohl die vollständige als auch die partielle Rehabilitierung des Nationalsozialismus als Verbrechen zu beurteilen.

Das Strafmaß für eine solche Tat steht im Verhältnis zur angewandten Praxis europäischer Länder – es ist anzunehmen, dass es zwischen einer Geldstrafe von 300 000 Rubeln und einem Freiheitsentzug von drei Jahren festgesetzt wird. Wenn die Person versucht hat, den Nationalsozialismus unter Ausnutzung ihrer dienstlichen Stellung, d. h. bestimmter, vom Staat zugesprochener Machtbefugnisse oder durch Einbeziehung der Massenmedien zu rehabilitieren, dann steigt die Geldstrafe auf 500 000 Rubel und der Freiheitsentzug auf fünf Jahre bei gleichzeitigem Entzug des Rechtes auf Ausübung bestimmter Ämter.

Wenn das Gesetz angenommen wird, wird für die Nachverfolgung der Gesetzesverstöße ein besonderes Organ eingerichtet – die öffentliche Kommission. Sie wird gemeinsam vom russischen Präsidenten, dem Parlament und der Öffentlichen Kammer gebildet. Mit den Staaten der ehemaligen UdSSR, die sich solcher Delikte schuldig gemacht haben, wird auf diplomatischer Ebene verfahren – die Botschafter werden ausgewiesen und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen.

Quelle: <http://www.newsru.com/arch/russia/06may2009/duma.html>, 06.05.2009

Nationalisten feiern 1. Mai

Am 1. Mai 2009 gab es in ganz Russland Versammlungen und Feierlichkeiten und Umzüge. In vielen Städten nahmen Nationalisten an diesen Aktivitäten teil.

In **Moskau** versammelten sich etwa 200 Personen auf der Straße Krasnaja Presnja und skandierten Parolen wie „*Russland ist russische Erde*“ und „*Russland ist russische Ordnung*“. Dort beteiligten sich der „**Slawische Verband**“ (SS - Slawjanski Sojus), die „**Bewegung gegen illegale Einwanderung**“ (Dwischenije protiv nelegalnoj immigracii - DPNI), die „**National-Patriotische Front „Gedächtnis**“ (Nazional-patriotitscheski Front „Pamjat“ – NPF „Pamjat“) und der „**Verband der orthodoxen Kirchenbannerträger**“ (Sojus prawoslawnych chorugwenos-

zew). Auf der Versammlung traten der Chef der DPNI Moskau, Wladimir Basmanow, das Mitglied des Nationalrates der DPNI, Wladimir Tor, der Chef der DPNI des Moskauer Gebiets, Wladimir Jermolajew, der Chef der NPF „Pamjat“, Georgi Borowikow, sowie Jewgeni Schilin als Vertreter der DPNI Orjol auf. Eröffnet wurde das Meeting durch den Chef des SS, Dmitri Demuschkin.

Außerdem organisierte „**Auf Russische Weise**“ (Russkij obraz) einen Marsch, an dem etwa 350 Vertreter **nationalistischer** Organisationen unter Trommelschlägen von der WDNCH zur Korolew-Straße gingen. (Näheres zu den 1.-Mai-Aktivitäten in Moskau siehe die [Reportage](#) von Galina Koschewnikowa).

In Sankt Petersburg liefen Nationalisten mit ihren Flaggen und Parolen in einer Prozession über den Newski-Prospekt. Organisiert wurde dieser Aufmarsch von der **regionalen Abteilung** der „**Bewegung gegen illegale Einwanderung**“ und dem „**Slawischen Verband**“. Bei einer Versammlung im Kampfklub BKS wurde die Oktober-Gruppe der Nationalisten festgenommen, insbesondere wurde über die Verhaftung von [Roman Senzow](#) als Teilnehmer an den regelfreien Kämpfen berichtet. Er ist einer der Anführer des Petersburger SS und Anführer der lokalen ultrarechten Gruppe „Widerstand“ (Soprotiwlenije), die offensichtlich identisch ist mit dem SS.

In Nishni Nowgorod marschierten die Teilnehmer eines Aufmarschs über die Straße des 50. Jahrestags des Sieges und hielten eine Versammlung auf dem Platz der Helden ab. An dem Aufmarsch beteiligten sich auch **Aktivisten der „National Bolschewistischen Partei“** (NBP -Nazionalnoj Bolschewistkoj Partii). An der Aktion nahmen rund 100 Leute teil, darunter wurden auch **Aktivisten von „Straight Edge“** gesichtet. Die Teilnehmer der Versammlung forderten, „die Einwanderung zu begrenzen, der ursprünglichen Bevölkerung das Vorrecht auf Arbeit einzuräumen, die Repressalien gegen russische Patrioten einzustellen“. Etwa 20 Personen wurden verhaftet, aber nach Aufnahme der Protokolle frei gelassen.

Am Twerer Aufmarsch zum 1. Mai über die Straße Sowetskaja nahm die **regionale Gruppe der DPNI** in einer Reihe mit den städtischen politischen Gruppen teil, mit der KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation), den Aktivisten des RNDS (Russisches Volksdemokratisches Bündnis), der OGF (Vereinigte Bürgerfront), der Partei „Jabloko“, der überregionalen Gewerkschaft der Arbeiter der Autoindustrie (MPRA) und dem Sozialistischen Widerstand (SozSopr). Die Ultrarechten bestätigen, dass 70 bis 80 Personen teilgenommen haben...

In Krasnojarsk hielten die Versammelten die monarchistischen Flaggen und Banner „Russland – russisches Land“ in den Händen. Der Aufmarsch begann am Matrosow-Denkmal mit den Losungen „*Heil Russland!*“, „*Krasnojarsk – russische Stadt*“, „*Russland – russisches Land*“, „*Frieden! Arbeit! Mai! Gastarbeiter fahr nach Hause!*“, „*Heute Migrant, morgen Okkupant*“, „*Weniger Migranten, höhere Löhne*“ und endete mit der Versammlung an der Uferpromenade. Die Anzahl der Demonstranten betrug ungefähr 80 Personen. Im Laufe der Versammlung traten auf: der Koordinator des **Krasnojarsker Ortsverbandes der DPNI**, Leonid Ikonnikow, der ehemalige Vorsitzende der „**Russischen Nationalen Einheit**“ (RNE), Oleg Jemeljanenko, [der ehemalige Vorsitzende des Ortsverbandes der Partei „Jabloko“](#), Wladimir Abrosimow, der jetzt Mitglied der rechtsradikalen Partei „**Groß-Russland**“ (Welikaja Rossija) ist.

Nach der Versammlung versuchten Sicherheitskräfte, einen der Aktivisten aufzuhalten und eine Tasche mit kaiserlichen Flaggen zu beschlagnahmen.

In Kirow organisierte der **Wjatsker Ortsverband der DPNI** den Russischen Marsch der Arbeit auf der Allee des Oktober-Prospekts. Für den Marsch versammelten sich ca. 300 Teilnehmer, die mit folgenden Losungen auftraten: „*Russischer Arbeiter, steh auf!*“, „*Stoppt den Genozid an den Russen!*“, „*Stoppt die Repressionen gegen russische Patrioten!*“. Die Beteiligten der Bewegung nannten sich sogar Nationalsozialisten. Für die Aktion waren Mitarbeiter der Miliz zum Dienst abgestellt.

In Nowosibirsk fand eine kleine Versammlung der **DPNI** statt. Die Versammelten traten mit der Losung auf: „*Nieder mit der illegalen Migration*“. Die Beteiligten kauften dem Vorstand der russischen Migrationsbehörde eine Zugfahrkarte Moskau-Duschanbe ohne Rückfahrkarte.

In Wolgograd gab es einige kleinere Versammlungen. Eine Hand voll Menschen wurde festgenommen.

In Woronesch wurde der Aufmarsch von den örtlichen Behörden verboten und die Aktivisten der **DPNI und RNBF** (Russische Nationalbolschewistische Front) beschränkten sich aufs Flyer verteilen.

Quelle: Auszüge aus rechtsradikalen Seiten

<http://nsk.kp.ru/daily/24288/483312/> 05.05.2009

<http://www.kasparov.ru/material.php?id=49FE9A4D87F67> 04.05.2009

Aleksandr Below tritt vom Posten des Vorstandes der DPNI zurück

Am 29 April 2009 gab der Vorstand der Bewegung gegen illegale Einwanderung (DPNI), Aleksandr Below, sein Ausscheiden aus dem Amt bekannt. Einige Stunden später meldete auch der Vorsitzende der SS, Dmitri Demuschkin, er habe vor, seinen Posten abzugeben.

Er erklärte, die Frage nach der Leitung der Bewegung werde auf dem Parteitag der DPNI entschieden. Bis dahin werde der Nationalrat der DPNI die Organisation gemeinschaftlich führen. Nach eigenen Worten ist Below davon überzeugt, dass das Gerichtsverfahren gegen ihn mit einem Urteil nach Art. 282 enden wird. Deswegen scheidet er aus dem Amt aus, angeblich damit seine Mitstreiter ihn nicht verleugnen müssten, aber auch, um die Untersuchungen nicht auf die gesamte Bewegung zu lenken. Dmitri Demuschkin sagte, dass er nach dem Rücktritt von seinem Posten in den Leitungsrat des Slawischen Verbandes (SS) eintreten werde.

Quelle: Auszüge aus rechtsradikalen Seiten, 29.04.2009

<http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/CDFE276>

Antisemitischer Brand wütet in den GUS-Ländern



Foto: Associated Press, Ekehard Schulz

Drei Akte des Vandalismus mit antisemitischem Charakter wurden in den letzten paar Tagen auf dem Territorium der GUS verübt.

In Pskow haben Unbekannte mit roter Farbe ein Hakenkreuz auf die Türen des gemeinnützigen Jüdischen Zentrums „Chesed Itzhak“ geschmiert. Nach den Informationen des Direktors der Jüdischen Zentrums, Belli Litwak, hat die Abteilung für innere Angelegenheiten in Pskow bereits begonnen, die Umstände des Zwischenfalls zu untersuchen.

In der Vergangenheit haben Antisemiten nicht nur ein Mal Gebäude im Zentrum beschädigt, Fenster eingeschlagen, Schimpfworte an die Wände geschmiert und Tränengas durchs Schlüsselloch gesprüht.

In Nischni Nowgorod wütete der Vandalismus auf dem jüdischen Teil des Friedhofes, wo 14 Gräber entweiht wurden.

In Minsk fand ein Überfall auf ein Mahnmal statt, das auf dem ehemaligen Jüdischen Friedhof zum Gedenken an die aus Deutschland deportierten und im Ghetto umgekommenen Juden errichtet worden war. So berichtet eine Ausgabe der Jüdischen Nachrichtenagentur (Agenstwo Jewrejskich Nowostej). Wir erinnern uns, dass diese Woche in der Hauptstadt Weißrusslands ein Denkmal für die Opfer des jüdischen Ghettos in Brest, wo die Faschisten 34.000 Juden ermordet haben, verbrannt wurde.

Quelle: <http://nashe.orbita.co.il> 16.05.2009

Einem Studenten der Moskauer Universität wurde mit Ausschluss wegen „Extremismus“ gedroht

Am 20. Mai 2009 wurde bekannt, dass ein Mitarbeiter des FSB, der sich als Andrej Aleksejewitsch Fjodorow vorstellte, einen Studenten der Moskauer Universität und Aktivisten der Bewegungen „Oborona“ und „Solidarnost“, Aleksandr Saweljew, zu einem Gespräch bestellt hatte. Im Laufe des Gespräches informierte der Mitarbeiter der Behörde den Studenten, dass seine politischen Aktivitäten das Interesse des Zentrums zum Kampf gegen Extremismus geweckt hätten.

Wie Saweljew erzählte, wurde ihm eine Mitarbeit „im Kampf gegen den Terrorismus“ vorgeschlagen, und es wurde ihm auch gesagt, dass dem Rektorat der Uni im Falle einer Weigerung die Empfehlung unterbreitet würde, ihn vom Studium auszuschließen.

Wir erinnern uns, dass sich das Moskauer Innenministerium im Januar 2009 an die Verwaltung einer anderen Uni [wandte](#) – die Hochschule für Wirtschaft – mit der Forderung, einen Studenten auszuschließen, der am „Marsch der Unzufriedenen“ teilgenommen hatte.

Quelle: <http://www.newsru.com/russia/20may2009/fsbverb.html>

<http://xeno.sova-center.ru/89CCE27/89CD1C9/CFE6B93> 22.05.2009

„Bund des russischen Volkes“ (SRN) – Die Spaltung geht weiter

Am 26. April 2009 fand in Moskau im Haus der Kultur „Oktjabrski“ die III. Sitzung des „Bundes des russischen Volkes“ (Sojus Russkowo Naroda) von L. Iwaschow (SRN-I) statt. Auf der Tagesordnung stand nur ein Punkt: die Wahl der Führung des SRN, also des Obersten Rates des Bundes und dessen Vorsitzenden. (Wir erinnern uns, dass L. Iwaschow seit November 2008 nicht mehr der Vorsitzende der Organisation ist, und dass Iwan Starikow die Aufgaben des Vorsitzenden erfüllte.)

Wie Vertreter des SRN von M. Nasarow (SRN-N, hat sich gebildet aufgrund der Spaltung des einstmaligen Bundes) bestätigten, wurde im Februar 2009 der Versuch unternommen, die beiden Organisationen zu vereinen. Diese Vereinigung war nach Auffassung der Nasarow-Anhänger möglich geworden, nachdem L. Iwaschow von der Führung seines Teils des SRN zurückgetreten war. Die III. Sitzung des SRN wurde anberaumt, um eine Vereinigung herbei zu führen. Allem Anschein nach hat aufgrund der Uneinigkeit in der Führung des SRN-I eine Gruppe aus den radikalsten Aktivisten mit T. Mironowa an der Spitze die Durchführung der Sitzung um einen Monat vorverlegt (der formale Grund war die Forderung nach regionalen Organisationen).

Im Endergebnis konnte die Sitzung nicht nur die zwei bereits existierenden Gruppen nicht vereinen, sondern spaltete auch den SRN-I in zwei Lager, wobei diejenigen Anhänger Iwaschows, die sich an einer Zusammenarbeit mit der Regierung orientiert hatten, gänzlich aus der Führung verdrängt wurden. Nach Einschätzung der Iwaschow-Anhänger *„entstanden drei unabhängig voneinander existierende Organisationen mit der Bezeichnung „Bund des russischen Volkes“, die unterschiedliche ideologische Herangehensweisen haben...“* – die „Monarchistisch-orthodoxe Union“ (Monarchitscheski-prawoslawny sojus – Nasarow), die „Konservative Nationalstaatlische Union“ (Konserwatywny nazonal-gosudarstwennyj sojus - Iwaschow und Starikow) und die „Nationalradikale Union“ (Nazonal-radikalny sojus - Mironow). Dessen ungeachtet wird die juristische Bezeichnung „SRN“ (Sobor Russkogo Naroda, dt.: Konzil des russischen Volkes) – soweit man das sagen kann – den Iwaschow-Anhängern zuteil werden.

An der Sitzung nahmen 134 (nach anderen Angaben 173) Delegierte aus 53 Regionen Russlands teil.

Als Vorsitzender des SRN wurde einstimmig Boris Mironow gewählt. Dies bedeutet zumindest eine Absage dieses Teils des SRN (nennen wir ihn SRN-M) an den Versuch, die Organisation offiziell registrieren zu lassen, wofür eine ganze Reihe der regionalen Abteilungen eingetreten ist, denn B. Mironow war im Februar 2008 nach Artikel 282 des Strafgesetzbuchs [verurteilt worden](#).

Auf dem Parteitag des Bund des Russischen Volkes (SRN-M¹) wurden folgende Personen in den Obersten Rat gewählt:

- Swjatoslaw Iwanowitsch Grigorjew (zugleich auch Mitglied des Obersten Rates des SRN-N),
- Igor Fjodorowitsch Terechow (SRN, Oblast Amur),
- Boris Sergejewitsch Mironow,
- Tatjana Leonidowna Mironowa,
- Malkow (wahrscheinlich ist Andrej Sergejewitsch Melkow gemeint, Mitglied der Jugend-Gesellschaftskammer MOP),
- Pawel Filippowitsch Sadoroschni (Bund der Kosaken Russlands, Moskau),

¹ Der an die Abkürzung hinzugefügte Buchstabe bezeichnet den Anfangsbuchstaben des Nachnamens des Vorsitzenden (Anm. der Übersetzerin)

- Aleksander Gawrilowitsch Martynow (Bund der Kosaken Russlands, Moskau),
- Viktor Iwanowitsch Kortschagin
- Ljudmila Kusminitschna Fionowa
- Juri Dmitrijewitsch Grischin („Bund der Offiziere“, Gelenschik)
- W. A. Ochotnikow [damit könnte Wladimir Aleksandrowitsch Ochotnikow gemeint sein] (Nischni Nowgorod)
- Tatjana Andrejewna (Club „Der Russische Gedanke“, Sankt-Petersburg)
- A. M. Spradyschew (Wolgograd)

Dem Vorsitzenden der SRN, Mironow, wurde zudem das Recht zuerkannt, weitere Personen in den Obersten Rat zu berufen.

Die gemäßigten Vertreter des SRN-I erklärten, dass *„die Organisation, die die eingeschlagene Richtung als Faktum akzeptiert, die Gründung eines national-radikalen Flügels begrüßt und bereit ist, real und konstruktiv am Aufbau derartiger Gründungsstrukturen mitzuwirken“*.

Für die Vertreter des SRN-N ist die Zusammenarbeit mit der Neugründung hingegen inakzeptabel, da die überwiegende Mehrheit der Führung letzterer entweder aus radikalen Neo-Heiden oder aus Personen besteht, die über keinerlei Interesse an religiösen Überzeugungen verfügen.

Quelle: Auszüge aus rechtsradikalen Seiten.

<http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/CE18D5D> 30.04.2009

Der Pressesprecher des Chabarowsker Ablegers des „Bundes des russischen Volkes“ wurde im Jüdischen Autonomen Gebiet gefasst

Am 17. Mai 2009 wurde in dem Jüdischen Autonomen Gebiet² der Pressesprecher der Chabarowsker Vertretung des „Bundes des Russischen Volkes“ (SRN), Viktor Tschulkin, gefasst, nach dem auf dem Gebiet der gesamten Russischen Föderation [gefangen wurde](#).

Im November vergangenen Jahres war Tschulkin, dem es offiziell untersagt war, seinen Wohnort zu verlassen, untergetaucht. Im Dezember desselben Jahres wurde eine föderale Fahndung eingeleitet. Lange Zeit hielt sich Tschulkin bei Bekannten an verschiedenen Orten der Region auf. Seit März 2009 versteckte er sich in einer Hütte im Wald in der Nähe der Station Olgocht des Rajon Smidowitsch im Jüdischen Autonomen Gebiet.

Bei Tschulkin wurden ein kleinkalibriges Gewehr vom Typ TOS-8 mit Zielfernrohr, 22 Patronen des Kalibers 5,6 mm sowie 3 Messer sichergestellt, die er auf der Jagd nach Kleinwild benutzt hatte. Am 19. Mai 2009 wurde das anfängliche Verbot, den Aufenthaltsort zu verlassen, in eine bewachte Verwahrung überführt.

Erst im März 2009 war am Gericht des Zentralrajos von Chabarowsk der Prozess gegen die beiden Führer der SRN der Region Chabarowsk, Pawel Onoprijenko und Wiktor Tschulkin, wieder aufgenommen worden.

Ihnen werden Art. 280 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (öffentlicher Aufruf zur Verübung extremistischer Taten), Art. 282 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (Gründung einer extremistischen Vereinigung, Zugehörigkeit zu einer extremistischen Vereinigung) sowie Punkt C Teil 2 Art. 282 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (Volksverhetzung und Verbreitung von Feindbildern und damit Verletzung der Menschenwürde) zur Last gelegt.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/45A2A1E/D04AF42?print=on> 27.05.2009

Anführer der Moskauer DPNI, Wladimir Basmanow, in Moskau festgenommen

Am 26. Mai 2009 wurde der Anführer der Hauptstadtabteilung der „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ (DPNI) während der Durchführung eines Streikpostens neben dem Innenministerium festgenommen. Basma-

² Das Jüdische Autonome Gebiet bezeichnet eine [autonome Verwaltungsregion der Russischen Föderation](#). Das Gebiet befindet sich im russischen [Föderationskreis Ferner Osten](#), an der Grenze zur [Volksrepublik China](#). (Anm. der Übersetzerin)

now führte den Streikposten „zum Schutz“ der Mitarbeiter der Polizeistation „Mitino“ durch, die erklärt hatten, dass sie sich „fürchten“, auf Anrufe von kaukasischen Migranten hinauszufahren, nachdem diese eine Strafsache gegen Mitarbeiter der Polizeistelle eingereicht hatten, die im Januar 2009 Tschetschenen während eines Streits mit Armeniern im Café „Askar“ festgenommen hatten. Basmanow stand mit einem Plakat „*Innenministerium, übergib deine Mitarbeiter nicht der tschetschenischen Mafia. Freiheit für die Mitarbeiter von Mitino*“ und verteilte Flugblätter zum Schutz der Polizisten. Wladimir Basmanow wurde zur Polizeistation „Jakimanka“ gebracht. Am nächsten Tag wurde er freigelassen.

Quelle: Auszüge aus rechtsradikalen Seiten, 27.05.2009

<http://xeno.sova-center.ru/45A2A1E/D04CCD8.html>

Zusammenarbeit der Permsker Behörden mit Rechtsradikalen?

Am 15. April 2009 besuchten nach Informationen aus rechtsradikalen Quellen Aktivisten des „Slawischen Verbandes“ (SS) und der „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ (DPNI) die Abteilung für nationale Beziehungen des Departements für Innenpolitik der Gouverneursverwaltung im Permsker Kreis. Nach Worten der Rechtsradikalen war ein Ziel des Treffens, den „Slawischen Verband“ und die DPNI zum gesellschaftlichen Monitoring und zur Kontrolle der Beziehungen zwischen den Nationalitäten im Kreis heranzuziehen. Diese „Hilfe“ soll sich angeblich in einer Mitteilung an die Organisationen der regionalen Macht über die Entstehung einer angespannten Atmosphäre in dem einen oder anderen Bezirk äußern.

Quelle: Auszüge aus rechtsradikalen Seiten, 18.05.2009

<http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/CF92AE8>

In Stawropol wurden zwei Studenten getötet

In Stawropol wurden zwei Studenten durch Messerstiche getötet. Die Miliz brachte verschiedene Versionen zum Geschehen vor, die Verbrechen können sowohl einen alltäglichen Hintergrund als auch einen Nationalitätenkonflikt als Ursache haben. Wie dem Korrespondenten des „Kawkasski usel“ vom Pressedienst der Polizeihauptverwaltung mitgeteilt wurde, ging am 18. Mai beim diensthabenden Teil der Polizeistelle im Lenin-Bezirk der Stadt Stawropol die Meldung ein, dass in einer Wohnung in der Morozow-Straße im Ortszentrum die Leiche des Bürgers Janis Stawrovitsch Kasiteridi entdeckt wurde, der 1987 geboren wurde, aus Pjatigorsk stammt und an der Staatlichen Medizinischen Akademie studierte, mit Messerstichen im Bereich des Bauches und der Brust.

Am 19. Mai erhielt die Polizeistelle im Industrie-Bezirk der Stadt Stawropol die Meldung eines Mitarbeiters des privaten Wachschutzes „Eber“, dass im Wohnheim des Medizinischen Colleges dem Bürger Umalat Elenkero-witsch Magomedow, geb. 1990, gebürtig aus Dagestan, Student des zweiten Kurses, Stichverletzungen zugefügt wurden. Einer von vier vorübergehenden jungen Leuten hatte die Messerstiche verursacht, an deren Folgen Magomedow verstarb.

Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Derzeit werden operative Durchsuchungen durchgeführt, Untersuchungen und Überprüfungen über mutmaßliche Mittäterschaft der Toten sowie in Bezug auf die Rädelsführer und Anhänger informeller Organisationen mit extremistischen Tendenzen; auf Anweisung des Kommandanten der regionalen Hauptverwaltung für Innere Angelegenheiten wurden an jenen Orten zusätzliche Mannschaften und Posten eingesetzt, wo sich die Bevölkerung erholt bzw. in großen Gruppen aufhält. Außerdem werden laut Angabe der Polizei Maßnahmen zur Prävention von Straftaten in ethnisch gemischten Gebieten durchgeführt.

Am 19. Dezember 2008 wurde gegen eine Skinheadgruppe Anklage erhoben. Die Gruppe wird der Aufhetzung, Feindschaft, Verletzung der Menschenwürde und der schweren Körperverletzung mit Todesfolge beschuldigt.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2007 wurde Stawropol zum Zentrum eines ethnischen Konfliktes, dem das Schicksal eines „zweiten Kondopoga“ (Stadt in Karelien, die 2006 zum Schauplatz rechtsextremistisch motivierter Pogrome wurde, Anm. d. Ü.) zugeschrieben wurde. Am 24. Mai dieses Jahres gab es in der Stadt eine Massenschlägerei, bei der ein tschetschenischer Student ums Leben kam und Dutzende Menschen verletzt wurden. Nach

dieser Begebenheit versammelten sich die Kaukasier zu einer nicht genehmigten Kundgebung und verlangten die Bestrafung der Schuldigen mit den Worten: „Entweder ihr bringt die Skinheads auf Kurs oder Stawropol wird Massenunruhen erleben.“

Quelle: <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/154429> 21.05.2009

Hakenkreuzschmierereien an der Tür des Jüdischen Wohlfahrtszentrums „Chesed Itzhak“ in Pskow

Mit Hakenkreuzen beschmierten unbekannte Täter die Türen zum Büro des Jüdischen Wohlfahrtszentrums „Chesed Itzhak“ in der Rosa-Luxemburg-Straße in Pskow. Wie Bella Litwak, Direktorin des Zentrums, der Pskower Nachrichtenagentur mitteilte, wurde die Tat am Morgen des 12. Mai entdeckt, als Mitarbeiter des Zentrums zur Arbeit kamen.

„Ein bordeauxrotes Hakenkreuz von gewaltigen Dimensionen wurde über die gesamte Bürotür geschmiert. Am 10. Mai war es noch nicht da“, meldet Bella Litwak.

Der Vorfall wurde unverzüglich der Polizei übergeben, dem Stellvertretenden Kommandanten der Dienststelle Pskow, Aleksandr Schewtschenko. „Wir sind sogar verpflichtet, unseren Verband in St. Petersburg zu informieren“, sagt die Direktorin von „Chesed Itzhak“.

Bella Litwak vermutet, dass dieser Vandalenakt möglicherweise von Jugendlichen aus dem nahe dem Jüdischen Wohlfahrtszentrum gelegenen Technikum begangen wurde.

Außerdem erinnerte sie daran, dass das Büro schon mehrmals Ziel ähnlicher Ausschreitungen war. Beispielsweise wurde die Fassade des Büros mit Wörtern beschmiert, die Fensterscheiben zerschlagen, einmal sogar durch die Öffnung des Schlosses Gas eingeleitet. „Zwei Jahre lang war es ruhig, aber jetzt geht es wieder los, ausgerechnet zu den Feierlichkeiten zum 64. Jahrestags des Kriegsendes“, schließt Bella Litwak ab.

Quelle: <http://www.pln-pskov.ru/print/64438.html> 13.05.2009

Im Zuge des Programms „Leader“ wurden an der Oberen Wolga 27 kriminelle Gruppierungen ausgehoben, denen u.a. Minderjährige angehören



Im Gebiet Twer wurde das Programm „Leader“ der Hauptverwaltung für Innere Angelegenheiten abgeschlossen. Ziel des Programms war die Warnung vor und die Aufdeckung von Gruppenverbrechen Minderjähriger. In der Abteilung für Inneres wurden 347 Jugendliche vorgeführt und mehr als 500 zu administrativer Verantwortung gezogen.

Auf eine Wand einer der Schulen im Bezirk Sawolschje der Stadt Twer wurde ein Hakenkreuz geschmiert. Mitarbeiter der Polizei stellten fest, dass ein 15-jähriger Jugendlicher der Täter war, der hier zur Schule geht. In dieser Tat sahen Erwachsene Propaganda für nationalistische Ideen. Derzeit wird eine strafrechtliche Anklage gegen den minderjährigen Täter überprüft. Lehrer erklären, dass Derartiges in ihrer Schule zum ersten Mal vorkommt, halten es aber nicht für ein ernsthaftes Vergehen. Nach langen Gesprächen mit dem Jugendlichen stellte sich heraus, dass er Literatur einer nationalistischen Partei gelesen hat. Sie ist nicht offiziell registriert, hat aber Einfluss auf die sich noch entwickelnden Ansichten junger Menschen.

Die Operation „Leader“, die von Mitarbeitern der Polizei durchgeführt wurde, entlarvte 27 Verbrecherbanden, denen Minderjährige angehörten. Es ist bekannt, dass insgesamt 290 solcher Gruppierungen existieren. Diese Jugendlichen begingen Diebstähle, Plünderungen und Raubüberfälle. Sie kommen in eine Jugendhaftanstalt, nachdem sie beim Jugendhilfeausschuss gemeldet worden waren.

Seit 2009 durchliefen 92 Teenager, die verbrecherisch tätig waren, die Jugendhaftanstalt. Das ist mehr als im letzten Jahr. Hauptsächlich stammen die Kinder aus armen Familien. Jewgenija Nikitina, eine Aufseherin der Jugendhaftanstalt für minderjährige Rechtsverletzte, sagt über solche Jugendliche: „Einige meinen sogar, dass es in unserer Sammelstelle leicht und einfach zugeht. Immerhin gibt es Kinder, welche schon einmal im Gefängnis – in Untersuchungshaft – waren. Stellen Sie sich vor: Er kommt von dort, sodass ihm die Sammelstelle wie ein Kindergarten vorkommen muss.“ Mittlerweile wird das Leben in diesem „Kindergarten“ nach einem strikten Plan geführt: um 8 Uhr aufstehen, in Reih und Glied zum Unterricht, Freizeit auch zusammen und Zapferstreich um 22 Uhr.

Die Chefin der dem Innenministerium unterstellten Jugendhaftanstalt für minderjährige Rechtsverletzte, Olga Minko, betonte: „Alle haben ein sehr schweres Leben hinter sich. Bei allen sind unterschiedliche Situationen in den Familien anzutreffen. Jeder benötigt eine individuelle Behandlung, die vor allem mit Güte und Menschlichkeit umgesetzt werden muss. Wir versuchen ihnen zu zuhören, weil diese Jugendlichen einfach niemanden haben, dem sie ihre Probleme anvertrauen können.“

Die Verbrechen werden nach Ansicht der Mitarbeiter der Jugendhaftanstalt weniger, wenn man eine Sperrstunde für Jugendliche einführt. Der Föderationsrat hat diesem Gesetz schon zugestimmt. Den Minderjährigen wird der Aufenthalt an öffentlichen Plätzen und Straßen zwischen 22 Uhr und 6 Uhr ohne Begleitung Erwachsener verboten. Jetzt muss die gesetzgebende Versammlung vom Twersker Gebiet darüber entscheiden.

Quelle: <http://tver.rfn.ru/rnews.html?id=33455&cid=7> 20.05.2009

Litauen



Foto: Webseite hadar2000.co.il.

Das litauische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten entschuldigte sich bei Israel für das Hakenkreuz und die „lange Nase“

Die offizielle Stellvertreterin der Litauischen Botschaft in Israel, Irena Skardschjuwene, entschuldigte sich bei der Firmenleitung von Hadar 2000, die Ladegut mit antisemitischen Symbolen letzten Freitag erhielt.

Frau Skardschjuwene traf sich mit den Geschäftsführern von Hadar 2000 und äußerte ihr Bedauern über die Zeichnungen mit antisemitischen Inhalten auf den nach Israel gelieferten Holzpaletten, die von einem Arbeiter der Exportfirma angefertigt wurden. Gleichzeitig betonte sie, dass Litauen jegliche antisemitische Handlungen verurteilt.

Auf einer der Holzpaletten, die in Israel ankam, waren ein Hakenkreuz, Panzer und eine Figur mit einer langen Nase abgebildet.

Quelle: <http://nashe.orbita.co.il/> 16.05.2009

Ukraine



Botschafter Israels in Ukraine Sina Klaj-Kleitman (Foto: Wikipedia, Vodnik)

Nationalisten fordern, den Botschafter von Israel zur Persona non grata zu erklären

Eine Gruppe von Abgeordneten der „Ukrainischen Volkspartei“ (Narodnaja partija Ukrainy) des Rowensker Gebiets richtete ein Schreiben an den Präsidenten Juschtschenko mit der Bitte, die Botschafterin Israels, Sina Klaj-Kleitman, zur Persona non grata zu erklären.

Der Grund für den Aufruf der Rowensker „Volkstümler“ (Narodniki) war der Auftritt von Klaj-Kleitman in der Sendung „Schuster live“ mit dem Moderator Sawik Schuster, in der über das Wachstum antisemitischer Stimmungen und der Ausbreitung des radikalen Nationalismus in der Ukraine debattiert wurde. Im Brief steht, dass während der Talkshow „Schuster live“ ein „zynischer Sabbat“ abgezogen wurde. Denn „Personen jüdischer Abstammung beleidigten die Ukraine auf eine zynische Art und Weise und demütigten die Würde der Ukrainer.“

Des Weiteren wird sogar Sawik Schuster von den „Volkstümlern“ beschuldigt, mit ausländischen Geheimdiensten zusammengearbeitet zu haben. Die Vertreter der Nationalbewegung NRU fordern, ein Gerichtsverfahren wegen staatsfeindlicher Tätigkeiten gegen den Besitzer und Leiter des Fernsehsenders „Ukraine“, Sawik Schuster, sowie gegen die Parlamentarier Jewgenija Tschewonenko, Anatoli Grizenko und Wladimir Jaworiwski zu eröffnen.

Quelle: <http://nashe.orbita.co.il/> 16.05.2009

Jelena Ostrjakowa: Ein Offizier der Seestreitkräfte der Ukraine (VWS) zählte die Verräter im Zweiten Weltkrieg – es waren mehr Russen als Ukrainer

Sewastopol. Ein Offizier aus dem Stab der Seestreitkräfte der Ukraine (WMS), der Kapitän ersten Ranges Wadim Machno, stellte sein Buch „Vollständige Auflistung der Vereinigungen und Verbindungen von Bürgern der UdSSR und von Emigranten mit dem Dritten Reich“ vor. Dem Handbuch liegen im Wesentlichen Bücher zugrunde, die in Russland veröffentlicht wurden, da der Großteil der Archive zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges sich dort befand.



Nach der Analyse Machnos kämpften auf deutscher Seite ca. 140 militärische Einheiten: mehr als 100 Divisionen, Brigaden und Wachmannschaften (Strafbri-gaden). Die genaue Zahl dieser Formierungen zu benennen, scheint unmöglich zu sein. Es ist von ca. 1,2–1,5 Mio. Menschen die Rede, Verluste nicht eingeschlossen. Die Verluste jedoch waren höher als in den deutschen Einheiten, da die Deserteure für die Wehrmacht „Kanonenfutter“ waren.

Solche Ausmaße der Kollaboration wertet Machno als Reaktion auf das Stalin - Regime. Er erinnert daran, dass von vier Millionen Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg nur einzelne auf die Seite des Feindes überliefen.

Nach den Worten Machnos kämpften auf der deutschen Seite mehr russische als ukrainische Einheiten, auch weil gefangene Ukrainer von den Deutschen freigelassen wurden, die Russen aber mussten sich zwischen dem Konzentrationslager und Verrat entscheiden.

„Wenn wir über Verräter sprechen, müssen wir über alle Verräter sprechen, damit keine Mythen über Verräter-Völker vom Typ der Krimtataren entstehen“, sagt Machno.

Nach seinen Angaben existierten wirklich Bataillone der Krimtataren, diese wurden jedoch meistens von Russen oder Ukrainern befehligt. Von den zurückgelassenen Einheiten der Schwarzmeerflotte bei Sewastopol mit 80.000 Soldaten erklärten sich 47.000 freiwillig bereit, Helfer in der deutschen Armee zu sein.

Was die Ukrainische Armee der Aufständischen betrifft, kämpften in ihr hauptsächlich Soldaten aus der Division «Galizien», jedoch, so betont Machno, bekamen sie nach ihrem Wechsel zu den Aufständischen keine finanzielle Unterstützung mehr von der Wehrmacht.

„Ein solches Handbuch konnte nur ein Mitglied des Militärstabes zusammenstellen, der Erfahrung in der Zusammenstellung von Teilen besitzt, so wie wir das bei der Gründung der ukrainischen Streitkräfte getan haben“, sagt Machno. Seinen Worten zufolge war er bemüht, nur Fakten zusammenzutragen, da die Wahrheit lägen bei jedem einzelnen läge.

Quelle: <http://www.nr2.ru/sevas/232436.html> 16.05.2009

Impressum

Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

Übersetzung: Kerstin Dalljo, Liv Drinnenberg, Sabine Erdmann-Kutnevic, Astrid Hager, Anne Kauer, Susanne Klinzing, Holger Löbell, Patricia Montag, Ingrid Mueller, Anja Schmidt

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org